Haushaltsrede der Fraktion Bündnis90/Die Grünen 2016

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates,
meine Damen und Herren!

Im vergangenen Jahr hatte unsere Fraktion mit ihrer ersten Haushaltsrede im Verler Stadtrat eine Premiere. Inzwischen ist auch dies schon fast eine Gewohnheit geworden, ebenso wie unsere konstruktive Mitarbeit in Rat und Ausschüssen.

Das heißt aber nicht, dass wir uns davor scheuen würden, kritische Fragen zu stellen. Wir haben das im vergangenen Jahr wiederholt unter Beweis gestellt. Aus unserer Sicht sind wir dies unseren Wählerinnen und Wählern schuldig, die uns als drittstärkste Fraktion in den Stadtrat gewählt haben.

Mit der Abwahl des bisherigen Bürgermeisters haben wir im vergangenen Jahr ein für unsere Fraktion wichtiges Ziel erreicht. Dazu haben wir im Wahlkampf gerne beigetragen. Wir freuen uns, dass Michael Esken auch mit unserer Unterstützung jetzt neuer Bürgermeister ist und sein Amt für alle Verlerinnen und Verler wahrnimmt.

Das vergangene Jahr brachte neben der Bürgermeisterwahl noch einige weitere markante Ereignisse wie z.B. die auf unseren Antrag hin durchgeführte Bürgerversammlung zur Bürmschen Wiese. Ratssaal und Tribüne platzten wegen des öffentlichen Interesses aus allen Nähten. Wenn demnächst entsprechend unserem vorliegenden Antrag ein „Runder Tisch“ zur Bürmschen Wiese eingerichtet wird - und zwar unter Beteiligung des Bürgermeisters, der Verwaltung und der Fraktionen sowie des Heimatvereins und der Kolpingsfamilie, der Anlieger und des Planers - wären die Türen offen für einen einvernehmlichen Kompromiss.

Ein weiterer wichtiger Punkt in unserer vom Autoverkehr dominierten Stadt ist das weitere Vorgehen beim Gesamtkonzept Rad- und Fußgängerverkehr. Auf unseren Antrag hin ist dazu jetzt ein interfraktioneller Arbeitskreis eingerichtet worden, der erstmals noch im Februar tagen soll. Wir freuen uns, dass alle Fraktionen diesen konstruktiven Weg mitgehen wollen.

Weiterhin aufregend im vergangenen Jahr war die Besetzung der vakanten Stelle des 2. Beigeordneten. Zusammen mit CDU und SPD hat unsere Fraktion die Wiederbesetzung mitgetragen. Zum Geschäftsbereich des 2. Beigeordneten gehören bekanntlich die wichtigen Fachbereiche Bauverwaltung einschließlich Umweltschutz, Bauaufsicht, Hochbau einschließlich Gebäudemanagement und Tiefbau einschließlich Abwasserbetrieb sowie Mobilität. Unvorstellbar, dass diese Stelle eventuell nicht hätte besetzt werden sollen! Auf Thorsten Herbst wartet in seinem Verantwortungsbereich eine Menge Arbeit.

Der Umwelt- und Klimaschutz, der im vergangenen Jahr auch in Verl verstärkt Berücksichtigung gefunden hat, wird auch weiterhin bei uns Grünen im Mittelpunkt stehen. Dabei begrüßt unsere Fraktion besonders die Einstellung der Klimaschutzmanagerin, deren Arbeit wir gerne begleiten und unterstützen möchten.

Des Weiteren wird auf unseren Antrag hin ab 01.01.2016 einstimmig auf die Ausbringung des Verler Klärschlamms auf landwirtschaftliche Flächen verzichtet und für die Zukunft ein Klärschlammkonzept erarbeitet.

Nach dem Rückblick auf das für uns erfolgreiche vergangene Jahr möchte ich jetzt den Fokus auf den zu verabschiedenden Haushalt 2016 richten.

Bürgermeister Michael Esken hat in seiner Haushaltsrede gesagt, dass er Wert legt auf Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit. Der vorliegende Haushalt soll also realistisch sein mit echten Ansätzen für 2016. Das war nicht immer so. Unsere Fraktion unterstützt ausdrücklich diese Vorgehensweise ohne Schattenhaushalt.

Die voraussichtlichen Einnahmen im Haushalt 2016 betragen rund 78,8 Mio. Euro, die Ausgaben rund 86,1 Mio. Euro. Damit ergibt sich ein strukturelles Defizit von rund 7,3 Mio. Euro. In Anbetracht der hohen Investitionssumme von 31 Mio. Euro ist dies gerade noch vertretbar.
Die Ausgleichsrücklage betrug Ende 2015 rund 54,2 Mio. Euro. Wenn es keine unvorhergesehenen Entwicklungen gibt, wird sich die Ausgleichsrücklage Ende 2016 um 7,3 Mio. Euro auf 46,9 Mio. Euro verringern. Zukünftiges Ziel muss es aus unserer Sicht sein, einen möglichst ausgeglichenen Haushalt anzustreben.

Das dominierende Thema ist auch in Verl die Aufnahme von Flüchtlingen. Fragen der Unterbringung mussten und müssen relativ kurzfristig geklärt werden. An dieser Stelle möchte ich ganz besonders der Verwaltung danken, die sich dieser Sache bis an die Grenzen der Belastbarkeit angenommen hat.
Die in Verl bevorzugte dezentrale Unterbringung scheint uns der richtige Weg zu sein. Zur Nutzung der Turnhalle in Bornholte gab es keine realistische Alternative. Wir gehen davon aus, dass mit den im Haushalt 2016 vorgesehenen Investitionen zur Unterbringung von Flüchtlingen die Turnhalle Bornholte in absehbarer Zeit wieder ihrer ursprünglichen Nutzung zugeführt werden kann.

Die mehr als 500 Neubürgerinnen und Neubürger am Ende des Jahres 2015 eröffnen aber auch neue Perspektiven für die Zukunft. Investitionen in den Ausbau von Kindertageseinrichtungen und die Integration sind erforderlich und bereits im vorliegenden Haushalt enthalten. Dazu passt der erstmalig aufgestellte Kinder- und Jugendbedarfsplan, der einen direkten Dialog mit den Zielgruppen Kinder und Jugendliche ermöglichen wird. Von besonderer Bedeutung wird sicherlich die Integration von Kindern und Jugendlichen über Sprache und Bildung sein. Die im Haushalt vorgesehenen Mittel sind an dieser Stelle gut eingesetzt.

Ein weiteres Thema, das die Verler besonders beschäftigt, ist die Baustelle „Ortsdurchfahrt“. Die Fertigstellung wird inzwischen sehnlichst herbeigewünscht und ist ja auch bereits absehbar. Im Zuge der Bauarbeiten hat der Einzelhandel Einbußen hinnehmen müssen. Neben der Stärkung des Einzelhandels sind aus unserer Sicht Konzepte erforderlich, um mehr Kaufkraft in Verl zu binden und den zunehmenden Leerständen entgegenzuwirken.

Dabei sind Stadtmarketing und Kultur gute Voraussetzungen, um die Attraktivität Verls zu steigern. Unsere Fraktion freut sich, dass im Entwurf des Haushaltsplans 2016 ein Betrag von 50.000 Euro für ein Kulturbüro enthalten ist. Bereits zum Haushalt 2015 hatte unsere Fraktion den Antrag gestellt, die Kulturarbeit in der Stadt

Verl strukturell zu verändern, und zwar durch Schaffung eines eigenständigen, professionell geführten Kulturbüros im Rathaus.

Mit dem Antrag der CDU-Fraktion soll jetzt das geplante Kulturbüro ins Stadtmarketing integriert werden, ein aus unserer Sicht durchaus logisches Vorgehen. Für das Stadtmarketing sind insgesamt 100.000 Euro vorgesehen. Der Betrag setzt sich zusammen aus den 50.000 Euro für das Kulturbüro, 30.000 Euro für Personalkosten und 20.000 Euro für weitere Aufgaben im Stadtmarketing.

Wir freuen uns, dass sich unser Antrag vom letzten Jahr zur Einrichtung eines Kulturbüros jetzt im Haushalt 2016 wiederfindet. Dafür danken wir besonders auch der Verwaltung, die die von unserer Fraktion aufgezeigte Perspektive aufgegriffen hat. Dem vorliegenden CDU-Antrag zu Stadtmarketing und Kultur stimmen wir gerne zu ebenso wie dem damit zusammenhängenden CDU-Antrag zur Überplanung der Veranstaltungsräume.

Die Anschaffung eines Elektrofahrzeugs für das Ordnungsamt begrüßen wir. Es ist zwar insgesamt gesehen nur ein Tropfen auf den heißen Stein, wenn man an die Ziele der Bundesregierung für Elektrofahrzeuge denkt, aber auf jeden Fall ein Impuls in die richtige Richtung. Die Verwendung durch das Ordnungsamt wird das Fahrzeug in der öffentlichen Wahrnehmung sichtbar machen.

Ein weiterer wesentlicher Bestandteil des Haushaltsplanes 2016 ist die Weiterentwicklung des Ortsteils Sürenheide mit dem Nahversorger, der Neubauplanung des Kindergartens sowie die später folgende Herstellung des Dorfplatzes. Mit den Kosten von rund 6 Mio. Euro allein für den Nahversorger ist es an dieser Stelle nicht getan. Zu den indirekten Kosten gehören die Aufwendungen für die Verlagerung des Kindergartens sowie für das Dorfgemeinschaftshaus. Wir sollten diese Randbedingungen mit den entsprechenden Zusatzkosten für eine ehrliche Kostenrechnung im Blick haben.

Die hohe Gesamt-Investitionssumme von 31 Mio. Euro ist nur deshalb möglich, weil die Steuereinnahmen auf Grund der hohen Wirtschaftskraft die Voraussetzungen dafür schaffen. Die Kehrseite der Medaille ist eine zunehmende Inanspruchnahme von Gewerbeflächen wie aktuell in Kaunitz für die Erweiterung von Nobilia. Unsere Fraktion hat der Erweiterung zugestimmt vor dem Hintergrund der zu sichernden und neu entstehenden Arbeitsplätze. Der Verlust von Boden, natürlichen Lebensräumen und landwirtschaftlich genutzter Fläche muss in Zukunft aus unserer Sicht allerdings noch stärker abgewogen werden. Auch wenn der Grad der Flächenversiegelung in Verl aktuell noch gerade hinnehmbar erscheint, muss es einleuchten, dass ein solcher Prozess nicht endlos weitergeführt werden kann.

Weiterhin kündigen wir an, dass wir in diesem Jahr auch das Thema Denkmalschutz und Denkmalpflege in den politischen Mittelpunkt rücken werden. Gerade in letzter Zeit sind leider etliche denkmalgeschützte bzw. denkmalwürdige Häuser der Spitzhacke oder dem Bagger zum Opfer gefallen. Weiteren solcher Gebäude in Verl, obwohl gar nicht mehr allzu zahlreich, droht das gleiche Schicksal.
Wir, die Grünen in Verl, sind der Meinung: So kann es nicht weitergehen mit dem Verlust von Heimat und Identität!

Für das Zusammenleben in Verl ist unser kulturelles Erbe ein grundlegendes identitätsstiftendes Element, das es zu erhalten und zu pflegen gilt. Denkmale stellen leibhaftige Bezüge zu unserer Vergangenheit her.

Wir brauchen in Verl einen Denkmalschutz, der diesen Namen verdient. Eigentümer haben eine Erhaltungspflicht bezüglich ihrer denkmalgeschützten Häuser. In gleicher Weise brauchen wir jedoch eine sensible Denkmalpolitik, die Denkmale auf Dauer wirksam schützt und pflegt. Hierzu ist die Stadt Verl als Untere Denkmalbehörde verpflichtet und muss gegebenenfalls auch unbequeme Maßnahmen ergreifen.

Das Denkmalschutzgesetz bietet eine Reihe von Möglichkeiten, die kein Geld kosten, die man nur konsequent praktizieren und politisch wollen muss. Hierzu könnte zum Beispiel gehören: die Bildung eines Denkmalausschusses unter Einbeziehung sachverständiger Bürger, die Bestimmung eines ehrenamtlichen Denkmalpflegers, ein Denkmalpflegeplan sowie eine engagierte Fortschreibung der Denkmalliste. Unser Fazit: Denkmalschutz und Denkmalpflege sollten als eine gewinnbringende Investition in die Zukunft aufgefasst werden.

Ich möchte jetzt für unsere Fraktion zu den vorliegenden Anträgen zum Haushalt 2016 Stellung nehmen. Zunächst zum Antrag unserer Fraktion für ein Grünflächenpflege- und Bepflanzungskonzept:
Unsere Fraktion beantragt darin, einem Team von Landschaftsplanern den Auftrag zu erteilen, ein Grünflächenpflege- und Bepflanzungskonzept - kurz Grünkonzept - für die Stadt Verl zu erstellen und hierfür Mittel in Höhe von 30.000 Euro bereitzustellen.
Gut gestaltete Grünflächen tragen wesentlich dazu bei, die Lebensqualität und die Attraktivität einer Stadt als Wohn- und Wirtschaftsstandort zu steigern. Neben der Erholungsfunktion haben Grünflächen auch für das Stadtklima, den Wasserhaushalt und als Lebensraum für Tiere und Pflanzen eine große Bedeutung. Als markanter Bestandteil des öffentlichen Raums sind Grünanlagen auch ein wesentlicher Faktor für das Ansehen und die weitere Entwicklung der Stadt Verl. Ausgaben zur Grünpflege sind daher auch strategische Investitionen, die sich in der Zukunft auszahlen.
Angesichts des relativ hohen Aufwands für Grünflächenmaßnahmen wird zu überlegen sein, die Bevölkerung und Sponsoren in die Grünflächenarbeit mit einzubeziehen.

<u>Zu den Anträgen der CDU:</u>

Dem Antrag einer neuen bzw. aktualisierten gutachterlichen Untersuchung zur Bibliothek können wir zustimmen, weil die Bibliothek einen überaus wichtigen Beitrag zur Förderung von Bildung und Kultur leistet. Es sollte alles unternommen werden, alsbald eine Entscheidung über einen möglichen neuen Standort zu finden.

Wir unterstützen die Planungen zum Freizeit- und Spielgelände in Verl, das von der Kolpingsfamilie initiiert wurde. Mit dem vorgesehenen Betrag im Haushalt 2016 kann der Kolping-Antrag auf den Weg gebracht und das Projekt angeschoben werden.

Wichtig ist uns auch die Weiterentwicklung von Bornholte. Bereits im Haushalt 2015 waren 65.000 Euro für den Maßnahmenkatalog zur Dorfentwicklung Bornholte enthalten. Aufgrund der umfangreichen Bautätigkeiten ist die Verwaltung noch nicht

in der Lage gewesen, den von Herrn Lorenzen aufgestellten und vom Rat verabschiedeten Maßnahmenkatalog abzuarbeiten. Dieser Katalog umfasst noch weit mehr Maßnahmen, als mit den 90.000 Euro abgedeckt sind. Um grundsätzlich eine weitere Abarbeitung des beschlossenen Maßnahmenkatalogs über die bereits im Haushalt 2015 stehenden 65.000 Euro zu ermöglichen, soll der Betrag auf 90.000 Euro aufgestockt werden. Dem stimmen wir zu.

Auch die engagierte Bildungsarbeit im Zusammenhang mit dem Hof Diekämper verdient unsere Unterstützung. Daher stimmen wir den Allgemeinen Unterstützungsleistungen in Höhe von 3.000 Euro zu.

Der Antrag der CDU zur Aufwertung der Ölbachregion als Naherholungsgebiet ist inzwischen folgendermaßen erweitert worden:
Zur kurzfristigen Aufwertung des Naherholungsgebietes im Bereich Ölbach/Landerbach sind demnach 10.000 € in den Haushalt zu stellen für die Errichtung von Stellplätzen für PKW und Fahrräder. Zudem wird die Verwaltung gebeten zu prüfen, inwieweit ein Sportbereich mit Außenfitnessgeräten angelegt werden kann.
Zur langfristigen Aufwertung des Ölbachgebietes zwischen der Bunten Mühle / dem Verler See im Westen und dem oben beschriebenen Bereich des Naherholungsgebietes soll die Verwaltung gebeten werden, eine Weiterentwicklung sowie Realisierungsmöglichkeiten zu prüfen. Diesem erweiterten Antrag stimmen wir gerne zu.

Den vorgesehenen Mitteln von 5000 Euro im CDU-Antrag für eine gutachterliche Stellungnahme zur Optimierung des ÖPNV stimmen wir ebenfalls zu.

Die im CDU-Antrag vorgeschlagenen Maßnahmen zur Verbesserung von Sicherheit und Ordnung leuchten uns ein. Daher stimmen wir ihnen zu.

Zum Antrag der CDU auf Einrichtung von öffentlichen drahtlosen Internetzugriffs-punkten (Hot Spots) Folgendes:
Wenn die Änderung des Telemediengesetzes entschieden ist, kann aus unserer Sicht damit angefangen werden, ein WLAN-Konzept zu erstellen. Dabei ist wichtig, dass die Stadt Verl in öffentlichen Gebäuden und vor allem Bildungseinrichtungen kostenlos WLAN- Zugangspunkte bereitstellt, die einfach zu nutzen sind. Damit ist im Optimalfall eine automatische Anmeldung ohne manuelles Bestätigen von Bedingungen gemeint, aber gerade da wird die Änderung des TMG zu beachten sein. Das Argument der Sicherheit ist aus unserer Sicht ein wichtiger Punkt, weshalb wir an dieser Stelle einer Lösung mit Verschlüsselungsoption den Vorrang geben würden.
Daher können wir dem CDU-Antrag insgesamt zustimmen, der ja zunächst ein Konzept dazu fordert, auf dessen Basis dann entschieden werden kann, welcher Anbieter gewählt wird.

<u>Zu den Anträgen der FWG:</u>

Dem Antrag der FWG zur Streichung der Rathauserweiterung können wir nicht zustimmen. Denn eine diesbezügliche Überprüfung ist nach Auskunft des Bürgermeisters in seiner Verantwortung erfolgt. Es fehlen danach etwa 18 Räume.

Auch wenn nur die Hälfte der Räume benötigt würde, wäre eine Erweiterung notwendig.

Dem Antrag der FWG auf Ablehnung der interkommunalen Vergabestelle können wir ebenfalls nicht zustimmen. Die Begründung ist spekulativ und so nicht nachvollziehbar.

Die Begründung des Antrags der FWG zur Bereitstellung von Bauplätzen erscheint uns nicht schlüssig. Dies war und ist Aufgabe von Politik und Verwaltung. Wir lehnen den Antrag daher ab.

Die von der FWG beantragte Streichung des Kulturbüros zeugt nach unserer Meinung von wenig Gespür für die Erwartungen der Verlerinnen und Verler, erheblich mehr Anstrengungen zu unternehmen, das kulturelle Angebot qualitativ und quantitativ zu erweitern. Ausdrücklich zu loben ist an dieser Stelle die vorzügliche Kulturarbeit der Verler Vereine. Es hat sich jedoch gezeigt, dass dieses meist ehrenamtliche Engagement an seine Grenzen stößt und durch ein professionelles Kulturbüro wirkungsvoll unterstützt und ergänzt werden kann. Daher lehnen wir den FWG-Antrag ab und treten wie zuvor bereits gesagt für die Schaffung eines Kulturbüros ein unter dem Dach des Stadtmarketing.

Ein Architektenwettbewerb für den Kindergarten in Sürenheide erscheint uns wenig sinnvoll, bevor nicht der genaue Bedarf an Kindergartenplätzen ermittelt worden ist. Außerdem erscheint uns das Instrument eines Architektenwettbewerbs an dieser Stelle überzogen. Ein Vergabeverfahren würde völlig ausreichen. Daher lehnen wir diesen Antrag der FWG ab.

Im Antrag der FWG zur ärztlichen Versorgung sind keine Kosten für den Haushalt 2016 beziffert. Der Antrag ist außerdem deswegen abzulehnen, weil die Verwaltung bereits mit der Thematik befasst ist.

<u>Zu den Anträgen der FDP:</u>

In dem Antrag auf Förderung von Erinnerungskultur greift die FDP auf den Heimatverein zurück, ohne dass dieses Vorhaben zuvor mit dem Heimatverein ausreichend abgestimmt worden wäre.
Inzwischen hat die Verwaltung nach Rücksprache mit dem Verler Gymnasium Einvernehmen darüber erzielt, dass das Thema des Antrags Inhalt eines schulischen Projekts werden könne. Der Heimatverein würde nach den uns vorliegenden Informationen auf Nachfrage ein solches schulisches Projekt unterstützend begleiten. Vor diesem Hintergrund stimmen wir dem Antrag zu.

In dem jetzt abgeänderten FDP-Antrag mit dem Ziel einer interkommunalen Kulturkooperation sehen wir grundsätzlich einen positiven Ansatz, dem wir zustimmen. Einem Kulturverbund mit Rietberg wie ursprünglich in dem FDP-Antrag gefordert stehen wir allerdings skeptisch gegenüber. Zu allererst sollte das angedachte Stadtmarketing-Konzept abgewartet werden. Absolute Priorität muss zunächst haben, Verl selbst attraktiver zu gestalten. Vor einer möglichen Kooperation sollte geprüft werden, welches kulturelle Angebot die Stadt Verl braucht und auch in eigener Regie selbst auf die Beine stellen kann.

Das von der FDP angeregte Vorgehen hinsichtlich Personalaufwendungen ist bei Neueinstellungen in der Verwaltung sowieso obligat. Dazu kann die Verwaltung jederzeit befragt werden. Insofern ist dieser Antrag nicht notwendig und daher abzulehnen.

Zu den Anträgen der SPD:

Im Antrag der SPD zur Modernisierung der Gesamtschule wird keine Summe genannt. Somit ist der Antrag gar nicht einzuschätzen und nicht beschlussfähig. Hinzu kommt, dass die Verwaltung bereits entsprechende Mittel für die Gesamtschule im Haushalt vorgesehen hat.

Wofür genau die 20.000 Euro beim SPD-Antrag „Wohnbauförderkonzept“ verwendet werden sollen, wird nicht deutlich. Die Aussagen sind aus unserer Sicht zu wenig konkret. Da im Haushalt bereits Geld für die Wohnbauförderung vorgesehen ist, erscheint uns dieser Antrag als überflüssig und wir lehnen ihn daher ab.

Die im SPD-Antrag geplanten Ausgaben von 20.000 Euro für ein Städtebauliches Gesamtkonzept lehnen wir zum jetzigen Zeitpunkt ab. Abzuwarten sind die aktuell laufenden Gespräche des Bürgermeisters mit den Privateigentümern in diesem Bereich, bevor extern Überplanungen vorgenommen werden. Der Antrag – übrigens auch schon eine Idee des Heimatvereins bzw. von unserer Fraktion – kommt zu früh und erscheint uns überdies zu eng in seiner Perspektive.

Dem Antrag der SPD auf Aktualisierung des Verkehrsentwicklungsplans stimmen wir zu. Es ist zwar Aufgabe des Entwicklungskonzepts Verl 2030, den Verkehr mit zu betrachten, aber nach Auskunft des neuen Beigeordneten, Herrn Herbst, wäre eine Parallelbeauftragung des Verkehrsentwicklungskonzepts sinnvoll. In diesem Zusammenhang würden sich dann die beiden Büros, die das Entwicklungskonzept Verl 2030 bzw. das Verkehrsentwicklungskonzept erstellen, miteinander abstimmen.

Sprachkurse für Asylbewerber anzubieten ist eher eine Aufgabe der freien Träger, z.B. des Droste-Hauses. Hinzu kommt: Es stehen nach Auskunft der Verwaltung bereits ausreichend Mittel im Haushalt zur Verfügung. Eine zusätzliche Ausweisung von Geldmitteln ist deshalb nicht erforderlich. Daher lehnen wir diesen SPD-Antrag ab.

Da die geplanten Maßnahmen in Sende anders als zunächst von der SPD beantragt investiver Art sein sollen und nicht lediglich für Planungen verwendet werden, stimmen wir diesem Antrag zu.

Dem inzwischen abgewandelten Antrag der SPD zur Eindämmung extremistischer Aktivitäten, der jetzt mit den Schulen abgestimmt ist und den Bedürfnissen der Schulen näher kommt, stimmen wir zu.

In Sachen Hallenbad vertreten wir den Standpunkt, dass dies noch mindestens ein Jahr Zeit hat. Wir sollten erstmal die aktuellen Bauvorhaben abschließen und auch die Entwicklung der Flüchtlingssituation mit ihren Folgekosten abwarten. Daher lehnen wir diesen Antrag der SPD zum jetzigen Zeitpunkt ab.

Zum weiteren Vorgehen beim Hallenbad wollen die Verlerinnen und Verler sicher gerne wissen, wie es weitergehen soll.
Unsere Fraktion unterstützt grundsätzlich den Plan des Bürgermeisters, einen Ratsbürgerentscheid auf den Weg zu bringen, um die Entscheidung über das Hallenbad den Verler Bürgerinnen und Bürgern zu überlassen.

Da im Herbst 2017 Bundestagswahl ist, schlagen wir eine Zusammenlegung des geplanten Ratsbürgerentscheides zum Hallenbad mit der Bundestagswahl vor. Damit würde eine klare Perspektive aufgezeigt. Der vorgesehene Bürgerentscheid wäre mit einer solchen Terminierung einen wichtigen Schritt vorangebracht.
Die Zusammenlegung mit der Bundestagswahl würde zudem einiges an Kosten und Aufwand sparen und eine hohe Wahlbeteiligung ermöglichen.

Mit diesem Vorschlag möchte ich zum Ende der diesjährigen Haushaltsrede unserer Fraktion kommen. Für die kommenden Aufgaben sichere ich die konstruktive und sachorientierte Zusammenarbeit unserer Fraktion mit Rat, Verwaltung und unserem neuen Bürgermeister zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Johannes Wilke
Fraktionsvorsitzender
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen